

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach), Franke, Spranger, Dr. Langguth, Krey, Regenspurger, Dr. Miltner, Berger (Herne), Biechele, Burger und der Fraktion der CDU/CSU

Bevölkerungsentwicklung

In der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung aus dem Jahr 1975 und dem darauf basierenden Bericht der Bundesregierung vom 2. Juli 1980 über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist langfristig ein starker Rückgang der deutschen Bevölkerung vorausgesagt worden. Bei dieser Prognose ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Bevölkerung in dem vorausgesagten Umfang abnehmen wird, obwohl bis zum Jahr 1988 durch das Nachrücken stärker besetzter Frauenjahrgänge in das Heiratsalter die Zahlen der Lebendgeborenen kontinuierlich zunehmen, danach jedoch sehr stark zurückgehen werden.

In den Veröffentlichungen und Erklärungen des Bundeskanzlers und von anderen Vertretern der Bundesregierung der jüngsten Zeit ist mit großem Nachdruck auf einen Anstieg der Geburten in der zweiten Jahreshälfte 1979 und insbesondere im ersten Halbjahr 1980 verwiesen worden. Damit wurde der Eindruck erweckt, als ob der vorausgesagte langfristige Rückgang der deutschen Bevölkerung abgebremst worden sei und sogar ein Wiederanstieg erwartet werden könne. Es wurde dabei verschwiegen, daß sich der Rückgang der Inlandsbevölkerung keineswegs verlangsamt hat. Nachdem die Geburtenzahlen in den zurückliegenden Jahren stark hinter den Vorausschätzungen zurückgeblieben sind, erreichen sie offensichtlich 1980 knapp das Niveau der Vorausschätzungen (Nettoreproduktionsrate 0,65). Nach wie vor ist die Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland die niedrigste im Weltvergleich.

Zur Versachlichung der Diskussion müssen die für die Bevölkerungsvorausschätzung wirklich maßgeblichen Daten offengelegt werden, zumal die Bundesregierung früher zu Recht darauf verwiesen hat, sie halte es nicht für zulässig „auf der Basis von Quartals- und Halbjahreswerten Einschätzungen der weiteren

Entwicklung vorzunehmen“, weil aus diesem verengten Blickwinkel falsche Einschätzungen und Schlußfolgerungen gezogen würden.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Bewegt sich die Zahl der Geburten deutscher Kinder in den Jahren 1979 und 1980 im Rahmen der amtlichen Vorausschätzungen, insbesondere der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung aus dem Jahr 1975, bzw. wie groß sind die Abweichungen zwischen den tatsächlichen und den geschätzten Geburten?
2. Sieht die Bundesregierung auf Grund der im Jahr 1980 bekanntgewordenen Zahlen der Geburten deutscher Kinder nunmehr Veranlassung, nicht mehr davon auszugehen, daß die deutsche Bevölkerung langfristig ganz erheblich abnehmen wird, wie sie dies beispielsweise in der Antwort vom 26. Oktober 1979 auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion und in ihrem Bericht vom 2. Juli 1980 über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland getan hat?
3. Hat die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich jetzt nicht mehr die ungünstigste Geburtenentwicklung?
4. Weshalb haben verschiedene Sprecher der Bundesregierung durch Erklärungen in der jüngsten Zeit den Eindruck erweckt, als ob in diesem Jahr ein neuer Geburtenrekord und damit eine Tendenzwende zu verzeichnen sei, obwohl die Bundesregierung eindringlich davor gewarnt hat, „auf der Basis von Quartals- und Halbjahreswerten Einschätzungen der weiteren Entwicklung vorzunehmen“, da der Geburtenrückgang „Begleitphänomen einer weit zurückreichenden Entwicklung“ sei, bzw. weshalb wurde von den Sprechern nicht auf diesen einschränkenden Tatbestand hingewiesen?
5. Wie hat sich die Zahl der Eheschließungen im Verhältnis zu 1000 Unverheirateten in den Altersgruppen der Männer zwischen 18 bis 45 Jahre und der Frauen von 16 bis 40 Jahre von 1970 bis 1980 entwickelt, und kann unter Zugrundelegung dieser spezifischen Eheschließungsziffer auf eine verstärkte Heiratsneigung in den letzten Jahren geschlossen werden?
6. Weshalb ist die Bundesregierung bei ihren Modellrechnungen zur Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Bericht vom 2. Juli 1980 über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nur von einem jährlichen Zuwanderungsüberschuß von 20 000 Ausländern ausgegangen, obwohl
 - a) im Jahr 1979 163 000 Ausländer mehr als im Vorjahr in der Bundesrepublik Deutschland lebten und unter den gegebenen Umständen voraussichtlich nicht eine stärkere Verringerung des Zuzugs von Ausländern eintreten wird;

- b) in dem am 15. Oktober 1979 vorgestellten Berichtsentwurf der Bundesregierung Modellrechnungen von einem Zuwanderungsüberschuß von bis zu 100 000 Ausländern ausgegangen sind?
7. Wie groß wird voraussichtlich die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2030 sein bei einem jährlichen Zuwanderungsüberschuß von
- a) 50 000
 - b) 100 000
- Ausländern?
8. Müssen die langfristigen Vorausschätzungen der Bevölkerungszahlen und der Altersschichtung, die von den Daten der Jahre 1970/72 ausgehen, geändert werden, nachdem sich allein bis 1976/78 die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern um 1,6 Jahre auf 69 Jahre und bei Frauen um 1,8 Jahre auf 75,6 Jahre erhöht hat, und auch in den Jahren 1979 und 1980 eine erfreulich starke Minderung der Sterblichkeit eingetreten ist?
9. Ist die Bundesregierung bereit, Modellrechnungen durchzuführen, bei denen unterschiedliche Annahmen über die weitere Entwicklung der Lebenserwartung zugrunde gelegt werden, und wenn ja, bis wann können diese Modellrechnungen vorgelegt werden?

Bonn, den 19. September 1980

Erhard (Bad Schwalbach)

Franke

Spranger

Dr. Langguth

Krey

Regenspurger

Dr. Miltner

Berger (Herne)

Biechele

Burger

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

